

Bereich 22 - Betriebswirtschaft und  
Beteiligungsverwaltung, Controlling  
Herr Larisch

Datum:  
08.11.2017

## **Beschlussvorlage**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

### **Lüneburger Heide GmbH - Fortschreibung Zusammenarbeit**

#### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	22.11.2017	Ausschuss für Wirtschaft und städt. Beteiligungen
N	28.11.2017	Verwaltungsausschuss
Ö	21.12.2017	Rat der Hansestadt Lüneburg

#### **Sachverhalt:**

Die Hansestadt Lüneburg ist mit 6,25% an der Lüneburger Heide GmbH beteiligt und zahlt gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages vom 27.03.2014 einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 50.000 €, welcher dem Anteil am Stammkapital und der Höhe des Mindestzuschusses entspricht.

Gemäß § 17 des Gesellschaftsvertrages der Lüneburger Heide GmbH kann die Hansestadt Lüneburg als Gesellschafterin mit einer Kündigungsfrist von drei Jahren jeweils zum 31. Dezember eines Jahres aus der Lüneburger Heide GmbH austreten. Eine Kündigung mit Wirkung zum 31.12.2020 wäre bis spätestens zum 31.12.2017 möglich.

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat in seiner Sitzung am 15.12.2016 die Vorlage „Antrag zum Ausstieg aus der Lüneburger Heide GmbH zum Jahreswechsel 2019/2020 (Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/CDU/FDP vom 01.12.2016, eingegangen am 01.12.2016 um 09:45 Uhr)“ zunächst zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

Im Rahmen dieser Vorlage wurde seitens der Verwaltung bereits eine Stellungnahme abgegeben und empfohlen die Zusammenarbeit fortzuführen.

Am 24.08.2017 stellte der Geschäftsführer der Lüneburger Heide GmbH, Herr von dem Bruch, die Gesellschaft und ihre Handlungsfelder im Wirtschaftsausschuss vor. Die Präsentation ist dem Protokoll zur Sitzung am 24.08.2017 als Anlage beigelegt.

Die Lüneburger Heide GmbH wurde aufgrund der Empfehlungen des Masterplanes, welcher 2006 vom Europäischen Tourismusinstitut (ETI) vorgelegt wurde, gegründet. Der Masterplan beschreibt Strategien zur positiven Tourismusentwicklung in der Region. Laut der aktuellen Evaluation des ETI sind bereits zahlreiche Strategien des Masterplanes überwiegend von

der Lüneburger Heide GmbH umgesetzt worden. Dies ist ein Grund für die überdurchschnittlich gute Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Lüneburger Heide.

Im Interesse einer Fortführung der positiven Entwicklung schlägt die Verwaltung vor, keinen Gebrauch von dem vertraglich vereinbarten Kündigungsrecht zu machen und die Zusammenarbeit mit der Lüneburger Heide GmbH fortzuschreiben.

**Beschlussvorschlag:**

Die Hansestadt Lüneburg wird von ihrem Kündigungsrecht mit Wirkung zum 31.12.2020 keinen Gebrauch machen und die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft fortsetzen.

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 35,00
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten: jährlich 50.000,00
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle: 22020
  - Produkt / Kostenträger: 57300202
  - Haushaltsjahr: 2017
- e) mögliche Einnahmen: keine

**Anlage/n:**

- Vorlage VO/6982/16 inkl. der Anträge und Stellungnahme der Verwaltung
- Protokollauszug Ratssitzung vom 15.12.2016 TOP 8.1

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Be-schluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Protokollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

---

01 - Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Doll

Datum:  
01.12.2016

## **Antrag**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

**Antrag zum Ausstieg aus der Lüneburger Heide GmbH zum Jahreswechsel 2019/2020 (Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/CDU/FDP vom 01.12.2016, eingegangen am 01.12.2016 um 09:45 Uhr)**

### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	13.12.2016	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2016	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

s. Antrag von der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/CDU/FDP vom 01.12.2016, eingegangen am 01.12.2016 um 09:45 Uhr.

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Dem Antrag wird nicht gefolgt.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 25,00 €
  - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
  - Ja
  - Nein
  - Teilhaushalt / Kostenstelle:
  - Produkt / Kostenträger:

Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

**Anlage/n:**

Antrag von der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/CDU/FDP vom 01.12.2016, eingegangen am 01.12.2016 um 09:45 Uhr

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Beschluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:  
DEZERNAT II

---

eingegangen am 01.12.16, 9:45 Uhr 



Christliche Demokratische Union  
Stadtkoppel 16 - 21337 Lüneburg

Niels Webersinn  
niels.webersinn@gmx.de  
Tel.: 04131 - 206 09 36



Bündnis 90/ Die Grünen  
Neue Sülze 4 - 21335 Lüneburg

Ulrich Blanck  
ulrich.blanck@rathaus-aktuell.de  
Tel.: 04131 - 221580



Freie Demokratische Partei  
Konrad-Zuse-Allee 13 - 21337 Lüneburg

Birte Schellmann  
birte.schellmann@fdp-lueneburg.de  
Tel.: 04131-402314

Oberbürgermeister Mädge  
- Rathaus -

21335 Lüneburg

01.12.2016

## Antrag zur Sitzung des Rates am 15. Dezember 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,

zur o.a. Ratssitzung stellen wir folgenden Antrag:

### Ausstieg aus der Lüneburg Heide GmbH zum Jahreswechsel 2019/2020

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge Folgendes beschließen:

Die Hansestadt Lüneburg scheidet zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Gesellschafter aus der Lüneburger Heide GmbH, HRB 201164, AG Lüneburg aus.

Der jährlich gewählte Zuschuss der Hansestadt Lüneburg, der im Haushalt verankert ist, wird ab dem Moment des Ausscheidens zu 100% an die Lüneburger Marketing GmbH - vorbehaltlich sich bis dahin ergebender Veränderungen - gezahlt zur Stärkung deren Anstrengungen.

Zugleich wirkt der Oberbürgermeister als Vertreter des Rates zusammen mit den Aufsichtsratsmitgliedern aus den Reihen des Rates daraufhin, dass die anderen Gesellschafter der Lüneburger Marketing GmbH ihren jährlichen Zuschussanteil im gleichen Verhältnis wie die Hansestadt Lüneburg erhöhen.

### Begründung:

Mit dem obigen Beschluss sollen die Marketinganstrengungen der Hansestadt Lüneburg auf die Lüneburg Marketing Gesellschaft konzentriert werden, da diese die Vermarktung der Hansestadt Lüneburg zum Ziele hat.

Die überregionale Vermarktung der Region ist aus Sicht der Gruppe insbesondere Aufgabe des Landkreises. Aufgrund der finanziell schwachen Ausstattung der Lüneburger Marketing GmbH ist zudem eine finanzielle Stärkung sehr wünschenswert und ermöglicht, zusammen mit dem neuen Geschäftsführer neue Impulse für die Hansestadt Lüneburg.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, reading "Nils Weber". The signature is written in a cursive style with a large, prominent 'N' and 'W'.

für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Herrn OB Mädge

über ESR Frau Lukoschek

*Julio 6.12.*

*at 7/12.*

**Antrag der Gruppe Grüne / FDP / CDU vom 01.12.2016  
Ausstieg aus der Lüneburger Heide GmbH (LHG) zum 31.12.2019**

**Stellungnahme:**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg hat am 20.12.2007 nach Vorstellung der wichtigsten Ergebnisse des ETI (Europäische Tourismus Institut)–Gutachtens zum „Masterplan Lüneburger Heide“ im Ausschuss für Wirtschaft und städtische Beteiligungen am 21.06.2007 die Beteiligung an der LHG beschlossen.

Die Hansestadt Lüneburg ist mit 5.000 € am Stammkapital in Höhe von 90.000 € und beteiligt und hat sich zur Zahlung eines jährlichen Zuschusses von 50.000 € verpflichtet.

Die Gesellschaft verfolgt den Zweck, den Tourismus in der Region zu fördern und den Bekanntheitsgrad der Destination Lüneburger Heide zu erhöhen. Ziel der Gesellschaft ist es, die erforderlichen Marketingaktivitäten für die Lüneburger Heide zu bündeln und zu koordinieren, um so die Kundenpotenziale für die Region zu erschließen. Dabei wird seit Bestehen der Gesellschaft der „Sonderstatus“ der beiden Städte Celle und Lüneburg für eigenes Stadtmarketing berücksichtigt.

Die Hansestadt Lüneburg, **Gründungsmitglied der Gesellschaft**, hat durch die Beteiligung an der LHG mehrere Standbeine im Bereich Vermarktung der Destination Lüneburg. Die LHG unterscheidet sich zudem von der Lüneburger Marketing GmbH (LMG), da dort auch größere Akteure der Region beteiligt sind, wie beispielsweise der Heidepark Soltau.

Mit dem Ausstieg aus der LHG werden Chancen für Lüneburg und die Region vertan. Auf das Marketingkonzept, die Vertreter der Hansestadt Lüneburg sind Mitglied im Marketingausschuss der LHG, hätte man ohne Beteiligung keinen direkten Einfluss mehr. Die Interessen der großen selbständigen Stadt Lüneburg könnten im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung nicht mehr selbst wahrgenommen und im Sinne der Hansestadt Lüneburg gesteuert werden.

Durch die LHG wurde der Tourismus in der Vergangenheit gut entwickelt und dies wiederum strahlt auf die Hansestadt Lüneburg. Die LHG ist keine Konkurrenzgesellschaft zur LMG. Insbesondere im Bereich der überregionalen und ausländischen Vermarktung sind Kooperationen der Gesellschaften gelebte Praxis und durch die LMG insbesondere finanziell alleine nicht zu realisieren.

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass Landkreise ihre Stammkapitaleinlagen 15.000 € und die damit verbundene Zuschusspflicht (150.000 €) teilweise an kreisangehörige Gemeinden abtreten dürfen. Seit Gründung der Gesellschaft machen Landkreis Lüneburg (10.000 € Stammkapital, 100.000 € Zuschuss) und Hansestadt (5.000 € Stammkapital, 50.000 € Zuschuss) davon Gebrauch. Der Gesellschaftsvertrag enthält allerdings keine Regelung darüber, dass der von einer kreisangehörigen Stadt gekündigte Anteil automatisch an den jeweiligen Landkreis zurückfällt. Der Landkreis Lüneburg müsste hierzu einen entsprechenden Beschluss fassen. Darüber hinaus bedarf es zur Abtretung bzw. Übertragung von Gesellschaftsanteilen einer Dreiviertelmehrheit in der Gesellschafterversammlung der LHG.

Sofern der Landkreis Lüneburg bereit ist diesen Anteil zu erwerben und damit auch in die Zuschusszahlungen einzusteigen, muss bedacht werden, dass über die Kreisumlage die Hansestadt anteilig wieder belastet wird.

Hinsichtlich der im Antrag für den Fall des Ausstiegs benannten jährlichen Kosteneinsparung von 50.000 € bedeutet dies, dass die Mittel jedenfalls nicht vollständig anderweitig zur Verfügung stehen würden. Darüber hinaus wären die Mittel für den Haushalt 2020 als freiwilliger Zuschuss an die LMG aufzunehmen und als freiwillige Leistung im Sinne des Zukunftsvertrages zu berücksichtigen.

Die Verwaltung empfiehlt aus den genannten Gründen auch weiterhin Gesellschafterin der LHG zu bleiben. Es hat Signalwirkung, wenn das Gründungsmitglied Hansestadt Lüneburg – zugleich auch Namensgeberin und Geschäftssitz für die Gesellschaft – den Ausstieg erklärt.

  
Spolleder

# **DIE LINKE.**

**FRAKTION**  
im Rat der Hansestadt Lüneburg

**Michèl Pauly**  
Fraktionsvorsitzender

**Altenbrückertorstr. 2**  
**21335 Lüneburg**

Tel: 04131 – 28 43 346  
Mobil: 0179 – 256 77 23

stadtrat@dielinke-lueneburg.de  
www.dielinke-stadtrat.de

**An den Oberbürgermeister**  
**Den Rat der Hansestadt Lüneburg**  
**Ochsenmarkt**  
**21335 Lüneburg**

15.12.2016

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg beantragt folgenden geänderten Text zur Sitzung des Rates am 15.12.2016 unter Tagesordnungspunkt 8.1 (Ausstieg aus der Lüneburg Heide GmbH) beschließen:

**Die Hansestadt Lüneburg scheidet zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Gesellschafter aus der Lüneburger Heide GmbH, HRB 201164, AG Lüneburg aus.**

Der darüberhinausgehende Antragstext ist ersatzlos zu streichen.

Die Begründung erfolgt mündlich



**Michèl Pauly**  
**Vorsitzender DIE LINKE. Fraktion**  
**im Rat der Hansestadt Lüneburg**

# Hansestadt Lüneburg



## Beglaubigter Beschlussauszug

**Sitzung des Rat der Hansestadt Lüneburg vom 15.12.2016**

---

**Ö 8.1 Ausstieg aus der Lüneburger Heide GmbH zum Jahreswechsel 2019/2020 (Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/CDU/FDP vom 01.12.2016, eingegangen am 01.12.2016 um 09:45 Uhr)**

---

<b>Status:</b> öffentlich/nichtöffentlich	<b>Beschlussart:</b> geändert beschlossen
<b>Zeit:</b> 17:10 - 21:19	<b>Anlass:</b> Sitzung
<b>Raum:</b> Huldigungssaal	
<b>Ort:</b> Rathaus	
<b>Vorlage:</b> VO/6982/16 Antrag zum Ausstieg aus der Lüneburger Heide GmbH zum Jahreswechsel 2019/2020 (Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen/CDU/FDP vom 01.12.2016, eingegangen am 01.12.2016 um 09:45 Uhr)	

---

### Beratungsinhalt:

Ratsvorsitzender VON NORDHEIM erklärt, dass ein Vorschlag der Verwaltung, ein Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / CDU / FDP sowie ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vorlägen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE sei der Weitestgehende Antrag. Er beinhalte das Ausscheiden der Hansestadt Lüneburg aus der Lüneburger Heide GmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Der darüberhinausgehende Text einer vorherigen Version sei zu streichen.

Beigeordneter PAULY kommt auf die Lüneburger Heide GmbH zu sprechen. Diese sei eine Marketinggesellschaft von Kreisen in der Lüneburger Heide. Die Mitgliedschaft koste die Stadt 50.000 € pro Jahr. Da der Landkreis Lüneburg, dem die Stadt angehöre, ebenfalls Mitglied sei, sei die Stadt in doppelter Weise Mitglied der Gesellschaft. Seine Fraktion befürworte den Ausstieg. Die Entscheidung, ob die eingesparten 50.000 € ab 2020 der Lüneburg Marketing zugeführt würden, solle auf 2019 vertagt werden.

Beigeordneter SALEWSKI erklärt, dass seine Fraktion die Aufgabe der Mitgliedschaft in der Gesellschaft ablehne. Die Gesellschaft trage den Namen der Stadt. Die Hansestadt sei ein Gründungsmitglied dieser Gesellschaft und profitiere von ihr. Darüber habe der Geschäftsführer der Gesellschaft im Wirtschaftsausschuss referiert. Fernsehsendungen wie Rote Rosen reichten als alleiniger Werbeträger für die Stadt nicht aus.

Darüber hinaus könne der Oberbürgermeister sich nicht dafür einsetzen, dass andere Mitglieder sich finanziell stärker an der Gesellschaft beteiligen, dafür gebe es zuständige Gremien. Er kritisiert, dass bei der Aufkündigung der Mitgliedschaft nicht berücksichtigt werde, was die Gesellschaft für die Stadt geleistet habe. Seine Fraktion werde weder dem Antrag der Fraktion DIE LINKE noch dem der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen / CDU / FDP zustimmen.

Beigeordnete DR. VON HAAREN kritisiert die Ausführungen des Ratsherrn Salewski, dass die Gruppe sich nicht mit dem Thema auseinandergesetzt hätte. Gesellschafter der Lüneburger Heide GmbH seien neben der Hansestadt und dem Landkreis Lüneburg auch der Landkreis Harburg,

Celle, Uelzen, der Heidekreis, Bad Bevensen sowie das Heidepark Resort, der Serengeti Park und das Südsee Camp. Die Gründung der Gesellschaft basiere auf einem Tourismuskonzept für die gesamte Region Lüneburger Heide und Elbtalau, welches neben den genannten Landkreisen auch Gifhorn, Lüchow-Dannenberg, Rotenburg und Verden beinhalte. Diese seien jedoch kein Mitglied. Das Ziel sei die Zusammenarbeit des Landes Niedersachsen, der Landkreise und Gemeinden zur Schaffung von Marketingstrukturen gewesen. Dieses Ziel sei aufgrund der fehlenden Mitglieder nicht erreicht worden. In der Lüneburger Heide gebe es eine Vielzahl verschiedener Vermarktungsstrukturen und Gesellschaften, unter anderem die Tourismus Marketing Gesellschaft Niedersachsen GmbH, welche durch das Land Niedersachsen finanziert werde. Darüber hinaus gebe es die regionale Tourismusorganisation Erlebniswelt Lüneburger Heide. Des Weiteren gebe es die Webseite [www.lueneburgerheideland.de](http://www.lueneburgerheideland.de), welche ebenfalls von der Lüneburger Heide GmbH betrieben werde. Dem Gutachten zur Gründung der Lüneburger Heide GmbH zufolge solle die Konzentration der Marketingmittel im Rahmen der Einrichtung einer überregionalen Destinationsmanagement-Agentur dem Auslandsmarketing neue Perspektiven eröffnen. Solche Perspektiven gebe es nicht. Die Webseite der Lüneburger Heide GmbH enthalte nicht einmal Informationen in englischer Sprache. Sie nennt die Webseite der Lüneburg Marketing GmbH als positives Beispiel. Ohne eine Mitgliedschaft in der Gesellschaft verliere die Stadt zwar ihr Mitspracherecht im Aufsichtsrat der Gesellschaft, sie sollte ihre marketingpolitischen Bemühungen jedoch auf das Stadtgebiet konzentrieren. Der Anstieg an Touristen in der Stadt sei weniger auf die Tätigkeiten der Lüneburger Heide GmbH als vielmehr auf das stadteneigene Marketing zurückzuführen.

Beigeordneter WEBERSINN ergänzt, dass insbesondere die jüngeren Mitglieder des Wirtschaftsausschusses die Auswirkungen der Tätigkeiten der Lüneburger Heide GmbH überwiegend in Zweifel gestellt hätten. Er nennt Beispiele für Maßnahmen der Gesellschaft, deren Wirkung er anzweifelt. So würden in der Premium-Lounge der Lufthansa Bilder aus der Lüneburger Heide ausgestellt. Teilnehmende Hotels würden die Termine der Region vormittags im Hotelfernsehen einblenden. Er plädiert stattdessen für eine Stärkung des lokalen Marketings. Der Antrag der Gruppe solle aufgeteilt werden in den Austritt aus der Gesellschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt und den Punkt, dass die Gelder der Lüneburg Marketing GmbH zur Verfügung gestellt werden sollten.

Ratsherr MEYN erklärt, die Hansestadt zusammen mit Ratsfrau Jamme im Aufsichtsrat der Lüneburg Marketing GmbH zu vertreten. Es sei schwer messbar, inwieweit die Lüneburg Marketing GmbH den Auslandstourismus fördere. Er befürwortet die Stellungnahme der Verwaltung. Herr Sporleder sei Interimgeschäftsführer der Lüneburg Marketing GmbH und damit Mitglied im Aufsichtsrat der Lüneburger Heide GmbH gewesen. Somit kenne er diese Gesellschaft. Die Stadt verliere durch den Beschluss an Gewicht. Er kritisiert, dass das Thema in der alten Ratsperiode auf diese Ratsperiode verschoben worden wäre, da viele neue Ratsmitglieder nicht die Möglichkeit hätten, sich eingängig damit zu befassen. Der Geschäftsführer der Lüneburger Heide GmbH sollte wenigstens in den Wirtschaftsausschuss eingeladen werden. Eine Urteilsbildung könne dann im nächsten Jahr erfolgen.

Oberbürgermeister MÄDGE erklärt, dass der Beschluss zur Gründung der Lüneburger Heide GmbH 2007 erfolgt wäre und die EU 450.000€ an Fördergeldern zur Verfügung gestellt hätte. Darum hätten CDU, SPD, FDP sowie einige Mitglieder der Grünen im Rat zugestimmt. Das Land habe die Landkreise und Kommunen sowie Wirtschaftsunternehmen dazu bringen wollen, gemeinsam an marketingpolitischen Strukturen zu arbeiten. In diesem Schritt seien drei Gesellschaften gebildet worden, da nicht das gesamte Gebiet bis Hamburg durch eine einzige Gesellschaft abgedeckt werden könne. Die Kreise und Kommunen, die in der Lüneburger Heide GmbH nicht vertreten seien, hätten andere Gesellschaften gebildet, beispielsweise gebe es eine Gesellschaft im Elbegebiet. Die Mitglieder der Lüneburger Heide GmbH mit Ausnahme von Celle und Lüneburg hätten im Zuge des Beitritts ihre lokalen Marketinggesellschaften aufgegeben. Celle und Lüneburg stellten Oberzentren im Süden und im Norden der Lüneburger Heide dar und hätten besondere Aufgaben unter anderem im touristischen Bereich. Daher müssten beide Städte auch direkt und nicht nur über die Kreise Mitglied der Gesellschaft sein. Der Statistik des Geschäftsführers der Lüneburger Heide GmbH zufolge gebe es Zuwächse im Tourismusbereich aus Mittel- und

Süddeutschland sowie bei den Kreuzfahrtschiffen. Auch das Salü profitiere von den Maßnahmen der Lüneburger Heide GmbH. In Zeiten zunehmender Vernetzung dürfe die Stadt nicht alleine agieren. Er spricht sich gegen den Antrag aus.

Beigeordnete SCHELLMANN erklärt, den Beitritt in die Lüneburger Heide GmbH befürwortet zu haben, da sie sich ähnlich wie die Stadt Vorteile davon versprochen hätte. Daher habe sie den Antrag auf Ausstieg zunächst abgelehnt, ihre Auffassung anschließend jedoch geändert. Sie kritisiert die untergeordnete Rolle der Stadt in der Gesellschaft, wenn ihre Mitgliedschaft von entscheidender Bedeutung sei. Der Geschäftsführer der GmbH halte sich lediglich einmal wöchentlich in Lüneburg auf und es gebe keine ausreichende Kommunikation mit der Lüneburg Marketing GmbH. Die Lüneburger Heide GmbH organisiere Treffen mit allen Mitgliedern, ohne die Lüneburger daran zu beteiligen. Lüneburg müsse nicht durch die Gesellschaft auf überregionalen Messen vertreten werden, da sie als Mitglied der Metropolregion Hamburg ohnehin vertreten werde. Im Schifffahrtstourismus werde die Stadt durch die eigene Marketing GmbH vertreten. Sie hält eine Bestandsaufnahme der Vorteile für die Stadt durch die Mitgliedschaft in der Lüneburger Heide GmbH für erforderlich.

Beigeordneter BLANCK entgegnet, dass der Geschäftsführer der Gesellschaft zweimal während der letzten Ratsperiode im Wirtschaftsausschuss vorgetragen hätte. Dessen Ausführungen habe der Ausschuss zur Kenntnis nehmen können. Die zehnjährige Bindung der Fördermittel der EU aus 2007 sei für einen Austritt zum Jahreswechsel 2019/2020 nicht von Bedeutung. Der Fokus in der marketingpolitischen Arbeit habe sich auf die Hansestadt als moderne Stadt und weg von der Lüneburger Heide verschoben. Er plädiert für eine Zustimmung des Antrags der Fraktion DIE LINKE, da die freiwerdenden Gelder nicht ohne Weiteres in die Lüneburg Marketing GmbH eingebracht werden sollten, ohne dass die privaten Gesellschafter ihre Beiträge ebenfalls erhöhten.

Ratsherr MEYER erklärt, dass die Gesellschaft einen Sitz in Lüneburg mit 9 festangestellten Mitarbeitern habe. Ein überregionales Marketing sei von hoher Bedeutung für die Stadt und könne nicht alleine von der Lüneburg Marketing GmbH getragen werden. Unter anderem das Salü sei abhängig von außerstädtischen Gästen. Es könne nicht erwartet werden, dass die Gesellschaft die Interessen der Stadt nach wie vor vertrete, wenn diese ausscheide. Auf den Landkreis alleine wolle er sich dabei nicht verlassen.

Ratsherr SOLDAN entgegnet, dass der überregionale Tourismus mit Verlassen der Gesellschaft nicht automatisch wegbreche. Zudem vertrete der Kreis weiterhin die Interessen der Stadt. Die Stadt arbeite eng mit dem Landkreis zusammen, eine Trennung sei bei den gemeinsamen Interessen nicht möglich. Namensgeber der Gesellschaft sei die Heide und nicht die Stadt. Er plädiert für eine Zustimmung des Antrags, um ein regionaleres Marketing zu ermöglichen.

Oberbürgermeister MÄDGE betont die zunehmende Bedeutung von Vernetzung, der ein Ausscheiden aus der Gesellschaft zuwiderlaufe. Aufgrund des Entschuldungsvertrags könnten die eingesparten Gelder nicht der Lüneburg Marketing GmbH zugutekommen.

Beigeordneter PROF. DR. RUNKEL spricht sich für einen Verbleib in der Gesellschaft aus. Die eventuell gefährdeten Arbeitsplätze in Lüneburg seien dabei von Bedeutung, ebenso würde die Stadt von Informationen abgeschnitten. Geld solle an anderer Stelle eingespart werden.

Ratsvorsitzender VON NORDHEIM erkundigt sich nach dem weitestgehenden Antrag.

Rechtsamtsleiter SORGER erklärt, dass der Antrag auf Verweisung in den Wirtschaftsausschuss weitergehender sei als die anderen Anträge.

Ratsvorsitzender VON NORDHEIM entgegnet, dass der Ausstieg aus der Gesellschaft auf der Tagesordnung stehe.

Oberbürgermeister MÄDGE erklärt, dass es insgesamt drei Anträge gebe, einen Antrag von der Gruppe, einen von der Fraktion DIE LINKE sowie einen Änderungsantrag des Ratsherrn Meyn. Diese müssten nacheinander abgestimmt werden. Dabei sei der Antrag des Ratsherrn Meyn nach

Auffassung von Herrn Sorger der weitestgehende und müsse zuerst behandelt werden, gefolgt von dem Antrag des Beigeordneten Pauly und dem Antrag der Gruppe.

Beigeordneter PAULY stimmt der durch den Oberbürgermeister genannten Reihenfolge zu. Eine Überweisung in einen Ausschuss könne ebenfalls einen Änderungsantrag darstellen.

---

**Beschluss:**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fasst auf Antrag des Ratsherrn Meyn mehrheitlich mit 19 Gegenstimmen und einer Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen folgenden Beschluss:

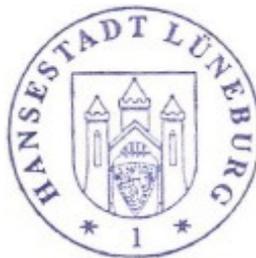
Die Vorlage wird zunächst zur Beratung in den Wirtschaftsausschuss verwiesen.

(01R, II)

---

Die Richtigkeit und Vollständigkeit dieses Auszuges wird beglaubigt.

Lüneburg, den 08.11.2017



Annika Doll